Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Salm. Verlagsleiter: Rudolph Gothner. Stellvertretende Chefredakteure: Fred Hansch, Josef Ollig. Chefs vom Dienst: Rudolf Brüning, Manfred Schwark. Chefreporter: Wolfgang Fricke. Verantwortlich für den Inhalt: Politik: Günther Gaeske; Dr. Gisela Schoeler (Inland), Hans-Jürgen Müller (Ausland). Lokales: Wolfgang Schmidt. Stadtteile: Walter Künkler. Sport: z. Z. Wolfgang Fricke. Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Mode und Frau: Liselotte Alverdes, Frauke Selle. Wirtschaft: Dr. J. Pantenburg. Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Kroll. Allgemeines: K. Lorch. Motor und Straße: Georg K. Weden. Bilder: Marie-Luise Dalchow. Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow. Politische Korrespondenten: Herbert G. Haake (Bonn), Dr. Erich Hoepfner, Egbert A. Hoffmann. Bonner Redaktion: Wilhelm Stampfel. Gestaltung: Karl Gröning jr. Herstellung: Robert Kliesch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald.

Englische Krankheit

Das Pfund Sterling hat gestern im Verhältnis zum Dollar seinen niedrigsten Stand seit der Abwertung im November vergangenen Jahres erreicht. Akuter Anlaß dieser erneuten Pfundschwäche war zwar die am letzten Wochenende offenkundig gewordene Auseinandersetzung zwischen dem britischen Premierminister Wilson und dem englischen Zeitungsverleger Cecil King; aber die tatsächlichen Gründe liegen natürlich tiefer, und sie sind auch nicht von heute und gestern.

Was Cecil King veranlaßte, Wilsons Labour Party den Rücken zu kehren und darüber hinaus seinen Austritt aus dem Direktorium der Bank von England zu erklären, ist die vielen ausweglos erscheinende wirtschaftliche Misere des Inselreiches, das offensichtlich mit seinen ökonomischen Problemen nicht fertig wird. Ob England dabei tatsächlich vor der „schwersten Finanzkrise seiner Geschichte" steht, wie King es formulierte, braucht dabei gar nicht einmal wörtlich genommen zu werden. Tatsache bleibt, daß es Wilson nicht nur nicht gelungen ist, in den Jahren seiner Regierung der britischen Wirtschaft die so dringend benötigten neuen Impulse zu geben, sondern daß es offensichtlich ökonomisch immer weiter bergab geht.

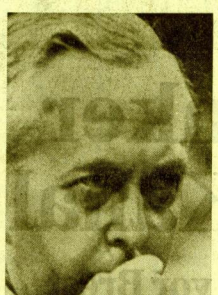
Grundübel ist und bleibt das, was man die „englische Krankheit" nennt: Die permanenten Defizite in der Zahlungsbilanz, die schwindende Exportkraft, die schrumpfenden Währungsreserven, die engstirnige und egoistische Gewerkschaftspolitik und schließlich als Resultat dieser Komponenten die ungenügende Leistungskraft der gesamten britischen Wirtschaft. In einer Welt ungemein raschen ökonomischen und technischen Fortschritts ist mit solch unzeitgemäßem Denken nichts mehr zu gewinnen. So kann es nicht verwundern, daß die Augenblickserfolge der erst ein paar Monate zurückliegenden Abwertung nur von kurzer Dauer waren, und daß nun schon wieder Gerüchte einer erneuten Abwertung die Runde machen.

Der englische Wähler hatte lange vor Cecil King erkannt, wohin der Weg zu führen droht, und er hat keinen Wahlgang vorübergehen lassen, um der Regierung Wilsons und ihrer Wirtschaftspolitik sein Mißtrauen auszusprechen. Käme es heute auf der Insel zu Neuwahlen, so würde die Labour Party wahrscheinlich das Opfer dieser allgemeinen Verdrossenheit werden. Ob die Konservativen freilich kurzfristig die Karre aus dem Dreck zu ziehen vermöchten, muß fraglich erscheinen, da sie schon, wenn auch nicht so tief, im Morast steckte, als Labour die Konservativen in der Regierung ablöste.

Was England not täte, wäre ein wenig von dem, was man hierzulande „konzertierte Aktion" nennt. Ordnung im eigenen Haus auf dem Wege harter und damit auch bitterer Austerity-Politik würde es gleichzeitig der EWG und nicht zuletzt Frankreich leichter machen, das Inselreich in eine größere europäische Gemeinschaft aufzunehmen. Solange man das ökonomische Heil von außen erwartet, sei es beispielsweise durch Forderungen nach einer Aufwertung der D-Mark oder nach immer neuen Stützungsaktionen zugunsten des Pfundes, das einmal Leitwährung der Welt war und es heute noch immer sein möchte, solange kann man dem Übel nicht an die Wurzel kommen. p.

Schwere Stunden für Harold Wilson

Fraktion der Labour-Partei berät morgen über das Lohn- und Preisgesetz



Harold Wilson

Deutsche Presse-Agentur - ap

London, 14. Mai

Der britische Premierminister Wilson geht morgen einer schweren Stunde entgegen. Im Zeichen katastrophaler Wahlniederlagen, eines trotz aller Sanierungsmaßnahmen schwächer werdenden Pfundes und massiver Rückrittsforderungen an Wilson tritt morgen die Fraktion der regierenden Labour-Partei zusammen. Sie soll das neue Lohn- und Preisgesetz, das Kernstück der Wirtschaftspolitik Wilsons, billigen.

Die starke Opposition innerhalb der eigenen Reihen gegen Wilson läßt einen stürmischen Sitzungsverlauf erwarten. Um die Rebellen auf dem linken Flügel zu besänftigen, hat sich Wilson bereits entschlossen, das neue Gesetz, das von den Gewerkschaften abgelehnt wird, zu entschärfen. In dem Kompromißentwurf verzichtet Wilson darauf, eine Höchstgrenze von dreieinhalb Prozent Lohnsteigerung für die nächsten 18 Monate einzuführen.

In London sind die Parteien darüber einig, daß die nächsten Wochen die Entscheidung über die weitere politische Karriere Wilsons bringen werden. Seine Popularität liegt zur Zeit unter der Chamberlains in den Tagen seines Sturzes im Jahr 1940. Innerhalb der Labour-Partei stellen seine Gegner zur Stunde Überlegungen an, ob es sinnvoll ist, den Premier und sein Kabinett zu stürzen, um die Partei zu retten.

Im Mittelpunkt der Angriffe steht ein Artikel des britischen Verlegers Cecil King, der am Freitag vergangener Woche geschrieben hatte, daß England von der größten Finanzkrise seiner Geschichte bedroht werde. Die britische Regierung habe die britischen Währungsreserven falsch dargestellt.

Diese massive Attacke hatte gestern zur Folge, daß das Pfund seinen tiefsten Stand seit der Abwertung im November vergangenen Jahres erreichte. Es sank auf 2,38824 Dollar. Erst als Schatzkanzler Jenkins die Behauptung Kings als „unrichtig" zurückwies, erholte sich das Pfund leicht.

Westmächte wollen sich an Moskau wenden

Deutsche Presse-Agentur - ap

Bonn, 14. Mai

Nach den vergeblichen Protesten der Botschafter der drei Westmächte bei ihrem sowjetischen Kollegen in Ost-Berlin, Abrassimow, gegen die Behinderung des Berlin-Verkehrs durch die Zonenbehörden wollen sich die drei Westmächte jetzt direkt an Moskau wenden. Das berichtet der den Sozialdemokraten nahestehende Politisch-Parlamentarische Pressedienst in Bonn.

Am Autobahnkontrollpunkt Marienborn haben die Zonenbehörden gestern früh einer West-Berlinerin, die vom Bonner Stermarsch gegen die Notstandsgesetze kam, die Durchfahrt verweigert, mit der Begründung, sie gehöre der rechtsgerichteten „Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher" an. Dem West-Berliner Landesvorsitzenden dieser Organisation, Karl-Heinz Panteleit, und dem Ehemann der Frau, der ebenfalls dem Vorstand angehört, wurden keine Schwierigkeiten gemacht.

88 Phantom-Flugzeuge für die Luftwaffe?

Deutsche Presse-Agentur

Bonn, 14. Mai

Die deutsche Luftwaffe wird aller Voraussicht nach 88 Düsenflugzeuge vom Typ F 4 „Phantom" erhalten. Das Verteidigungsministerium hat bekanntgegeben, daß es die Anschaffung dieses amerikanischen doppelsitzigen Überschallflugzeuges befürworte.

Mit den Phantom-Maschinen sollen die beiden Aufklärungsgeschwader der Luftwaffe ausgerüstet werden, die zur Zeit Starfighter-Maschinen fliegen. Eine grundsätzliche Entscheidung des Verteidigungsausschusses wird am Donnerstag erwartet. Bei der Anschaffung der Phantom-Flugzeuge rechnen Experten mit Kosten von 1,7 Mrd. DM.

Noch harte Debatten über Notstandsgesetze

SPD und FDP fordern zahlreiche Änderungen

Von unserer Bonner Redaktion

hps. **Bonn, 14. Mai**

Noch vor Pfingsten soll die Notstandsgesetzgebung endgültig verabschiedet werden. Trotz der jüngsten Demonstrationen sind die Koalitionsparteien bemüht, die Notstandsgesetze schon am 29. Mai, spätestens aber am 19. Juni unter Dach und Fach zu bringen.

Harte Auseinandersetzungen auch innerhalb der Koalition werden aber zuvor noch von der morgigen zweiten Lesung der Gesetze erwartet. Die SPD-Fraktion berät heute über 15 Änderungsanträge. Auch die FDP will rund 20 Änderungsanträge einbringen. Möglicherweise wird sich der Bundestag auch noch am Donnerstag mit der Notstandsverfassung befassen.

Alle Bundestags-Fraktionen sind sich inzwischen klar darüber, daß die in der zweiten Lesung gebilligten Texte mehr oder weniger unwiderruflich sein werden. Eine Zustimmung der Westalliierten und ihr baldiger Verzicht auf ihre Notstandsvorbehaltsrechte werden für die nächsten Wochen erwartet.

Elastisch haben inzwischen die meisten Universitäten und Hochschulen auf das Ersuchen des Verbandes Deutscher Studentenschaften reagiert, morgen alle Lehrveranstaltungen ausfallen zu lassen, um Studenten und Universitätsangehörigen die Möglichkeit zu geben, die Bundestagsdebatte über die Notstandsgesetze anzuhören.

Der Akademische Senat der Universität Hamburg empfahl den Dozenten, die Studenten als entschuldigt zu betrachten. Der Hamburger AStA und die Fachschaften haben Senat, politische Parteien, Gewerkschaften, Jugendverbände und Bevölkerung für morgen abend zu einer Diskussion im Auditorium maximum eingeladen. (Siehe auch Seite 4).

An der Kölner Universität und an der Ruhr-Universität Bochum fallen alle Vorlesungen aus. Meinungsverschiedenheiten gibt es an den Berliner Hochschulen und in Frankfurt über einen förmlichen Streikaufruf an die Studenten. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund scheint gesonnen zu sein, Streikposten einzusetzen, wogegen sich andere Studentenorganisationen wenden. **(Siehe Bericht Seite 9)**

Bonn diskutiert die Lübke-Nachfolge

CDU/CSU will eigenen Kandidaten nominieren

Von unserer Bonner Redaktion

hps **Bonn, 14. Mai**

Die Diskussionen um die Nachfolge von Bundespräsident Heinrich Lübke ist in Bonn hinter den Kulissen neu entbrannt. Auch die CDU/CSU will nun für das Amt des Bundespräsidenten einen eigenen Kandidaten benennen, nachdem die SPD bereits unmißverständlich zu erkennen gegeben hat, daß sie Anspruch auf diesen Posten erheben wird.

Bei den Unionsparteien hat sich jetzt offenbar die Meinung durchgesetzt, daß man den Sozialdemokraten das höchste deutsche Staatsamt nicht einfach überlassen soll. Vielmehr weist man bei der CDU/CSU darauf hin, daß die Union als stärkste Fraktion in der Bundesversammlung ein Recht auf dieses Amt hat. Das Präsidium der CDU ist vom Bundesvorstand beauftragt worden, alle Probleme, die sich aus der im nächsten Jahr anstehenden Neuwahl des Bundespräsidenten ergeben, zu prüfen.

Im Vordergrund der Erörterungen wird dabei zunächst der Vorschlag des CDU/CSU-Fraktionschefs Rainer Barzel stehen, der sich für eine Abänderung der Amtszeit des deutschen Staatsoberhauptes auf sieben Jahre — ohne Wiederwahl — ausgesprochen hat. Die für den Barzel-Plan erforderlichen Grundgesetzänderungen sind in informellen Gesprächen zwischen den Fraktionen bereits erörtert worden.

Die CDU ist jetzt offensichtlich bereit, ihren eigenen Kandidaten mit Hilfe der FDP-Opposition bei den Bundespräsidentenwahlen durchzubringen. Die Freien Demokraten haben sich bisher in die Lübke-Nachfolge noch nicht eingeschaltet. Vermutungen, daß die Union den FDP-freundlichen Verteidigungsminister Gerhard Schröder als Lübke-Nachfolger vorschlagen will, sind bei der CDU gestern energisch dementiert worden. In Bonn wird dieses Dementi für um so gewichtiger gehalten, als Schröder nahestehende Kreise in letzter Zeit das wiedererwachte Interesse des Ministers für den Kanzlerposten zu erkennen gegeben haben.

Die CDU ist stark bemüht, das Namenskarussell der möglichen Lübke-Nachfolger unter Kontrolle zu halten, damit mögliche Kandidaten nicht vorzeitig „verschlissen" werden. In der Vergangenheit wurde in Bonn immer wieder der Name von Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier genannt. Das in Bonn umlaufende Gerücht, auch Bundeskanzler Kiesinger habe Interesse für die Villa Hammerschmidt bekundet, bezeichnen CDU-Kreise als „völlig abwegig".

Weitere politische Nachrichten Seite 9

Die Meinung der anderen

In Bukarest wird de Gaulle mitgerissen werden

Heute fliegt Staatspräsident de Gaulle nach Bukarest. Die Reise nach Rumänien ist das große Thema der Auslandspresse.

Daily Telegraph

Der Londoner „Daily Telegraph" meint:

„Präsident de Gaulle läßt bei Beginn seines Staatsbesuchs in Rumänien eine aufgeschlossene Regierung zurück. Bei der Behandlung der Studentenkrise waren jedoch Pompidou und seine Minister nur der etwas beschränkten Linie ihres Präsidenten gefolgt. Unbedacht wandten sie Gewalt an, bevor sie unbedingt nötig wurde. Der Rektor der Sorbonne verdient in gleicher Weise Tadel."

LE FIGARO

Der Pariser „Figaro" erinnert an die Reise de Gaulles nach Polen und schreibt:

„In Warschau trafen seine Vorschläge auf verstopfte Ohren, wie es die Entwicklung der Ereignisse in diesem Lande bereits bestätigte. Mit Bukarest ist diese Situation nicht zu vergleichen. In Bukarest wird General de Gaulle von einem dynamischen politischen Strom mitgerissen werden, der in vieler Hinsicht seinem eigenen Dynamismus ähnlich ist. Wie weit werden die Gespräche mit seinen für die Probleme der Stunde besonders aufgeschlossenen Gesprächspartnern gehen? Beobachter in der rumänischen Hauptstadt nehmen an, daß der Erfolg des Besuchs von General de Gaulle über die optimistischsten Voraussagen hinausgeht."

THE TIMES

Eine Bilanz zieht die Londoner „Times":

„Es könnte sein, daß 1968 zu einer Wasserscheide in der Geschichte der zweiten Regierung General de Gaulles wird. Die ersten vier Jahre der Fünften Republik waren von dem algerischen Krieg und dessen Nachwehen bestimmt. Dann folgten sechs Jahre der Ruhe und des Erfolges, in denen sich der General eines ihm nicht bestrittenen Prestiges im Inland und an den meisten Plätzen im Ausland erfreute. Es ist schon klar, daß die nächsten Jahre auf wirtschaftlichem Gebiet schwierig sein werden. Die Studentenunruhen und in der Unterstützung hierzu die gestrigen Demonstrationen zeigen, daß sich auch Änderungen auf der politischen Bühne vollziehen."

Dollinger ist bereit, nach Ost-Berlin zu fahren

Von unserer Bonner Redaktion

hps. **Bonn, 14. Mai**

Bundespostminister Dollinger ist bereit, in Ost-Berlin mit dem Zonen-Postminister Schulze ein Kostenausgleichsabkommen im Post- und Fernmeldeverkehr zu unterzeichnen. Allerdings müßten zuvor Experten-Verhandlungen über ein solches Abkommen erfolgreich beendet werden.

Dollinger hat Schulze in der vergangenen Woche brieflich zu einer Aufschlüsselung der Ausgleichsforderungen der Zonen-Postverwaltung in Höhe von 1,5 Mrd. DM abgefordert. Bonn ist nach wie vor bereit, 20 Mill. DM als Pauschale für Mehrleistungen im Jahre 1967 an die Zone zu überweisen.

De Gaulle in Bukarest

Associated Press - dpa - upi

Paris, 14. Mai

Zu einer hochpolitischen und wichtigen Visite flog Staatspräsident de Gaulle heute nach Bukarest. Es ist der erste Staatsbesuch eines westlichen Staatsoberhauptes in Rumänien nach 1945.

Für de Gaulle ist es die dritte Reise in den Ostblock. Er war schon in Polen und der Sowjetunion. Schon heute nachmittag wird der Präsident mit dem rumänischen Staats- und Parteichef Ceausescu ein erstes Gespräch führen.

Nächste „Rentneraktion" noch ungewiß

Von unserer Bonner Redaktion

hps. **Bonn, 14. Mai**

Die Bundesbahn prüft zur Zeit, ob und wann sie älteren Reisenden noch einmal eine Fahrpreisermäßigung gewähren kann. Da die Auswertung der am 30. April beendeten Aktion noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, wird die Bundesbahn in den nächsten Monaten jedoch keinen neuen Antrag beim Bundesverkehrsministerium auf Wiederholung der „Rentneraktion" stellen.

Allerdings weist man im Bundesverkehrsministerium schon darauf hin, daß die Aktion ein „gutes wirtschaftliches Ergebnis" erbracht habe. Minister Leber hat sie sogar als „Volltreffer" bezeichnet und wird gegen eine neue zeitlich begrenzte Fahrpreisermäßigung keine Einwände erheben. In Bonn erwartet man daher mit Sicherheit, daß die Bundesbahn in der nächsten verkehrsschwachen Zeit einen entsprechenden Antrag stellen wird.

Pfeifkonzert der Steuerbeamten

Deutsche Presse-Agentur

Bad Godesberg, 14. Mai

Rund 2300 Steuerbeamte aus allen Teilen der Bundesrepublik und aus West-Berlin erneuerten gestern abend in der Stadthalle in Bad Godesberg ihre Forderung auf Vereinfachung der Steuergesetze und eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Als mitgeteilt wurde, daß Bundesfinanzminister Franz-Josef Strauß wegen anderweitiger Verpflichtungen nicht erscheinen könne, gab es ein Pfeifkonzert.

BUNTE WELT

Steigerung geringer

Die Neurenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung werden im Jahre 1969 nach den Berechnungen informierter Kreise in Bonn nur um 6,4 Prozent über die vergleichbaren Renten dieses Jahres steigen. Die Steigerungsrate betrug in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr 8,3 Prozent.

Staatszirkus kommt

Der bekannte sowjetische Staatszirkus kommt Anfang nächsten Jahres in die Bundesrepublik. Die Gastspielreise wird durch acht westdeutsche Städte führen.

Rückgang um 2,4 Prozent

Mit 6,01 Milliarden Fahrgästen ist die Beförderung im Straßenpersonenverkehr 1967 in der Bundesrepublik um 2,4 Prozent zurückgegangen. Von dem Rückgang sind vor allem Straßenbahnen betroffen, während der Anteil der Stadtschnellbahnen um 5,8 Prozent gestiegen ist.

Abrassimow in West-Berlin

Zu einem überraschenden Besuch hielt sich der sowjetische Botschafter in der „DDR", Abrassimow, gestern in West-Berlin auf. Er besuchte den neu eingerichteten Klub der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft" am Kurfürstendamm.

Auszeichnung für Bob Hope

Die amerikanische Militärakademie hat den 65jährigen Komiker Bob Hope für seine Verdienste um die amerikanischen Soldaten in aller Welt mit der Sylvanus-Thayer-Medaille ausgezeichnet. Es ist das erste Mal, daß diese Auszeichnung einem Mann des Showbusineß verliehen wurde.

Medaille für Bob Hope

Schwerpunktbildung

Die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität in Nordrhein-Westfalen soll durch vier sogenannte Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften in Düsseldorf, Bielefeld, Bochum und Köln verstärkt werden. Außerdem werden bei den Staatsanwaltschaften Wirtschaftsfachleute eingestellt.

In Australien eingetroffen

Der äthiopische Kaiser Haile Selassie ist gestern zu einem fünftägigen Staatsbesuch in Australien eingetroffen. Er wurde von Premierminister John Gorton in Canberra begrüßt.

Eban in Finnland

Der israelische Außenminister Aba Eban ist gestern zu einem zweitägigen offiziellen Besuch in Finnland eingetroffen, um die Politik Israels zu erläutern. Zuvor hatte Eban Schweden und Norwegen besucht.

Christen und Marxisten

Unter dem Vorsitz des Prager Bischofs Tomasek tritt morgen eine tschechoslowakische katholische Konferenz zusammen. Unter anderem steht auf dem Programm, einen Dialog zwischen Christen und Marxisten zustande zu bringen und an der Demokratisierung der CSSR teilzunehmen.

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6, Geschäftsstellen: 2000 Hbg. 36, Gänsemarkt 53, u. 2 Hbg. 1, Mönckebergstr. 5, Telegr.: Abendblatt. Fernschreiber-Sammel-Nr. 02-11 898. Berliner Redaktion: Kochstr. 50, Tel. 610 84 75. Bonner Red.: An der Heusallee 2-10, Haus VII, Tel. 2 61 81. Frankfurter Red.: Frankenallee 71/81, Tel. 23 84 34. Essener Red.: Sachsenstr. 36, Tel. 22 19 11. Verlag u. Druck: Axel Springer & Sohn, Hamburg. Erscheint 6mal wöchentlich werktags. Inlandspreise: Frei Haus monatlich 6,20 DM (einschl. 29,5 Pf Mehrwertsteuer und 1,50 DM Zustellkosten). Selbstabholung 5,30 DM (einschl. 25,2 Pf Mehrwertsteuer). Postbezug 6,50 DM (einschl. 31 Pf Mehrwertsteuer und 2,57 DM Postvertriebsgebühren). Das Bezugsgeld ist zu Beginn des Liefermonats zahlbar. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder bei höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreisliste Nr. 24. — Postscheckkonto: Vertrieb u. Abonn.: Hamburg 37 64, Anz. Hamburg 1 42 00.

Telefon 34 91 91

1000 erlesene Modelle und Spitzenerzeugnisse aus mehr als 40 Polstermöbelfabriken Europas zu wirklich bahnbrechenden Discount-Preisen

RICHTER

1000 Polstermöbel, Stilmöbel und Möbel im Schaufenster - Schenefeld bei Hamburg, Lornsenstraße 125